



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

1793

Décision

19. Okt. 1983

Decisione

536.71

1001 Bern, 19. September 1983

Aggredelt

An den Bundesrat

Revision der Verordnung vom 15. März 1971  
über die schweizerischen Jachten zur See

Revision der Verordnung vom 15. März 1971

Aufgrund des Antrages des EDA vom 19. September 1983  
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

b e s c h l o s s e n :

1. Der Entwurf einer Aenderung der Verordnung vom 15. März 1971 über die schweizerischen Jachten zur See wird gutgeheissen.
2. Das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten wird mit dem Vollzug beauftragt.
3. Die Aenderung der Verordnung tritt am 1. Dezember 1983 in Kraft.

Veröffentlichung:  
Amtliche Sammlung

Für getreuen Auszug  
der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	8	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	4	-
		EVD		
	X	EVED	7	-
X		BK	4	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin. Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

686.21

3003 Bern, 19. September 1983

AusgeteiltAn den Bundesrat

Revision der Verordnung vom 15. März 1971  
über die schweizerischen Jachten zur See

## I

Notwendigkeit einer Revision

Die Revision der Verordnung vom 15. März 1971 über die schweizerischen Jachten zur See (Jachtenverordnung/SR 747.321.7) bezweckt, die Rechtsgrundlage zu schaffen, um ab 1. Januar 1984 für die sich in französischen Hoheitsgewässern aufhaltenden, nicht seetüchtigen Schweizer Kleinboote ein von Frankreich anerkanntes Schiffszertifikat abzugeben. Da diese Bootskategorie die in Artikel 5 Absatz 1 Jachtenverordnung aufgeführten Voraussetzungen für die Eintragung in das Schweizerische Jachtregister bzw. Ausstellung eines schweizerischen Flaggenscheins nach Artikel 11 nicht erfüllt, sind Artikel 5 (Voraussetzungen für die Eintragung / Im allgemeinen) und Artikel 23 (Gebührentarif für schweizerische Jachten) entsprechend zu ändern.

Wie das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten bereits in seinem Antrag an den Bundesrat vom 19. Januar 1982 bezüglich des Briefwechsels mit Frankreich über die Flaggenausweispflicht sowie die Uebergangsregelung für schweizerische Sportboote in französischen Hoheitsgewässern ausgeführt hatte, erliess Frankreich am 1. Januar 1981 eine neue Regelung für ausländische

Sportboote, wonach Schiffe aller Nationalitäten ein das Recht zur Führung der Nationalflagge beinhaltendes Schiffszertifikat (Titre de Nationalité) besitzen müssen, um die französischen Hoheitsgewässer befahren zu können und sich darin aufzuhalten. Ausgenommen von dieser Neuregelung, deren Inkrafttreten auf Begehren verschiedener westeuropäischer Staaten auf den 1. Januar 1982 hinausgeschoben wurde, sind lediglich sogenannte Strandgeräte (d.h. Paddelboote, Kajaks, Kanus, Tretboote sowie kleine Segelfahrzeuge oder Schlauchboote).

Da Frankreich den bisher anerkannten schweizerischen Schiffsausweis als ungenügend erachtet, wird die Schweiz praktisch gezwungen, für nicht in das Jachtregister eintragungsfähige Kleinboote einen besonderen Ausweis zu schaffen. Ansonsten wäre die ungestörte Ausübung des Wassersportverkehrs durch Hunderte von schweizerischen Kleinbooteigentümern, die die Boote namentlich während der Ferienzeit zum vorübergehenden Gebrauch nach Frankreich transportieren, in Frage gestellt. Aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 17. Februar 1982 wurde mit Frankreich durch Briefwechsel vom 31. März 1982 eine Uebergangsregelung vereinbart. Darnach anerkennen die französischen Behörden bis zum 31. Dezember 1983 weiterhin den nationalen Schiffsausweis sowie neu die vom Schweizerischen Seeschiffahrtsamt ausgestellte "Attestation" als rechtsgültiges Schiffszertifikat. Die Schweiz ihrerseits verpflichtet sich, dass ab 1. Januar 1984 alle in französischen Hoheitsgewässern verkehrenden Schweizer Schiffe mit einem Zertifikat versehen sind, das ihnen die Führung der Schweizer Flagge erlaubt.

## II

### Flaggenrechtliche Problematik der neuen französischen Vorschriften für ausländische Sportboote

Frankreich - d.h. in concreto die für die Sportschiffahrt zuständige Direction générale des Douanes et droits indirects - beruft sich

bei seinen neuen Vorschriften für ausländische Sportboote auf das Internationale Uebereinkommen vom 29. April 1958 über die Hohe See, nach dessen Artikel 5 Absatz 2 jeder Staat den Schiffen, denen er das Recht einräumt, seine Flagge zu führen, entsprechende Dokumente ausstellt. Die französische Forderung, der bereits mehrere westeuropäische Staaten (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Grossbritannien, Niederlande) entsprechen mussten, ist in flaggenrechtlicher Hinsicht zumindest bezüglich jener nicht seetüchtigen Kleinboote fragwürdig, die in der Regel keine Fahrten ausserhalb Küstensicht unternehmen und nicht wie eintragungsfähige bzw. -pflichtige Yachten für die Fahrt auf See geeignet, entsprechend gebaut und ausgerüstet werden können.

Vernünftigerweise kann sich das geltend gemachte Uebereinkommen von 1958 nur auf seetüchtige Sportboote beziehen. Wenn das schweizerische Flaggenrecht auf schweizerische Seeschiffe im Sinne des Seeschiffahrtsgesetzes vom 23. September 1953 (SR 747.30) bzw. auf schweizerische Yachten gemäss Yachtenverordnung zugeschnitten ist, so muss die verlangte Abgabe einer Flaggenbestätigung für nicht seetüchtige Kleinboote um so problematischer erscheinen, als Frankreich die Grenze zu den von der Neuregelung ausgenommenen Strandgeräten ausserordentlich niedrig ansetzt. Es besteht Grund zur Annahme, dass hinter den neuen französischen Vorschriften wesentlich zoll- und fiskalpolitische (z.B. droit d'escale) sowie protektionistische Ueberlegungen stehen.

Im berechtigten Interesse einer grossen Zahl von in Frankreich den Wassersport ausübenden Schweizer Kleinbooteigentümern ist dringend eine pragmatische Regelung zu treffen, die 1. nur minimale Eingriffe in die schweizerische Yachtenverordnung erfordert, 2. den schweizerischen Eigentümern von Kleinbooten keine unnötigen neuen Belastungen bringt und 3. dem Schweizerischen Seeschiffahrtsamt mit dem gegenwärtigen minimalen Personalbestand die Ausübung einer hinreichenden administrativen Kontrolle erlaubt.

Hinsichtlich der Vereinbarkeit der nachstehend unter Ziff. III vorgeschlagenen Aenderung der Jachtenverordnung mit dem Seeschiffahrtsgesetz sei folgendes ausgeführt: Angesichts des bestehenden Briefwechsels mit Frankreich vom 31. März 1982 sowie der zeitlichen Dringlichkeit einer Regelung stimmt das Bundesamt für Justiz diesem Antrag zu. Es vertritt indessen die Ansicht, dass der neue Artikel 5 Absätze 3 - 5 der Jachtenverordnung einer spezifischen Rechtsgrundlage im Seeschiffahrtsgesetz bedürfe und dieses deshalb sobald als möglich entsprechend anzupassen sei. Da im Zuge der geplanten Ratifikation verschiedener internationaler Seeschiffahrtsübereinkommen ohnehin Aenderungen des Seeschiffahrtsgesetzes notwendig sind, wird dem Wunsche des Bundesamtes für Justiz Rechnung getragen werden können.

### III

#### Vorgeschlagene Regelung

Nach eingehenden rechtlichen und technischen Abklärungen wird folgende Regelung vorgeschlagen:

#### Artikel 5 Jachtenverordnung

##### Absatz 1 (unverändert)

##### Absatz 2 (geändert)

Durch den geänderten Absatz 2 wird eine klare Unterscheidung getroffen zwischen Jachten, die in das Schweizerische Jachtregister eingetragen werden, und den wegen mangelnder Grösse bzw. Seetüchtigkeit nicht eintragungsfähigen Kleinbooten.

##### Absatz 3 (neu)

Das Schweizerische Seeschiffahrtsamt kann, wenn besondere Umstände es rechtfertigen, für ein nicht im Jachtregister ein-

tragungsfähiges Boot die von Frankreich verlangte "Flaggenbestätigung" bzw. einen Ausweis ausstellen, dass das Kleinboot in ausländischen Gewässern die Schweizer Flagge führen kann. Voraussetzung ist, dass der Eigentümer die Bedingungen der Jachtenverordnung über die Staatsangehörigkeit (Art. 6 Jachtenverordnung) erfüllt und das Boot a) entweder nach den Vorschriften des Bundesgesetzes vom 3. Oktober 1975 über die Binnenschifffahrt (SR 747.201) in einem Register in der Schweiz eingetragen ist und einen gültigen Schiffsausweis besitzt; oder b) bei dauerndem ausländischen Standort des Bootes oder Fehlen eines schweizerischen Schiffsausweises ein geeignetes Sicherheitszeugnis besitzt.

Der Ausweis wird nur beim Vorliegen "besonderer Umstände" ausgestellt. Es genügt somit nicht der besondere Fall eines einzelnen Antragstellers, sondern es müssen, wie z.B. im Falle Frankreichs, die berechtigten Interessen einer grossen Zahl von schweizerischen Sportbooteigentümern berührt werden. Der neue Absatz 3 trägt überdies dem Umstand Rechnung, dass nicht alle kantonal registrierten Boote einen Schiffsausweis besitzen, da nach Artikel 13 Absatz 5 des Bundesgesetzes über die Binnenschifffahrt Ausnahmen vorgesehen werden können.

#### Absatz 4 (neu)

Die Kleinboote, die in der Regel keine Fahrten ausserhalb Küstensicht unternehmen, halten sich normalerweise in ausländischen Hoheitsgewässern auf und unterstehen damit grundsätzlich der Rechts hoheit des Küstenstaates. Für diesen Sachverhalt ist der neue Ausweis bestimmt. Zur Vermeidung eines allfälligen, allerdings eher hypothetischen rechtsfreien Raumes sieht Absatz 4 immerhin vor, dass unter Vorbehalt der Anwendung des Rechts des Küstenstaates, dessen Gewässer befahren werden, die Bestimmungen der Artikel 4 (Geltungsbereich des schweizerischen Rechts) und 15 (Strafrechtspflege) des Seeschiffahrtsgesetzes Anwendung finden.

Absatz 5 (neu)

Das Schweizerische Seeschiffahrtsamt regelt die Ausstellung, die Gültigkeitsdauer und den Entzug des Ausweises nach Absatz 3 sowie das Verfahren. Diese Delegation sichert den notwendigen Spielraum, um in der Praxis z.B. neuen ausländischen Vorschriften Rechnung zu tragen.

Artikel 23 Absatz 1, neue Ziffern 9 - 11

Durch die Aufnahme der neuen Ziffern 9 - 11 in den Gebührentarif soll der dem Schweizerischen Seeschiffahrtsamt erwachsende Arbeits- und Kostenaufwand auf die Kleinbooteigentümer überwältzt werden. Die im Vergleich zur Ausstellung eines schweizerischen Flaggenscheins niedrigeren Gebührenansätze entsprechen dem wesentlich einfacheren Verfahren (im Normalfall kann sich das Seeschiffahrtsamt überdies auf einen gültigen schweizerischen Schiffsausweis stützen). Bei der erstmaligen Ausstellung der in ihrer Zahl schwer abschätzbaren Ausweise ist, voraussichtlich vor Sommerferienbeginn 1984, mit einem temporären Arbeitsanfall zu rechnen, der den Beizug zusätzlicher Hilfskräfte notwendig machen könnte.

## IV

Ergebnis der Rücksprachen mit interessierten Dienststellen

In Rücksprache mit dem Bundesamt für Justiz, dem Bundesamt für Verkehr, der Eidg. Zollverwaltung und der Eidg. Finanzverwaltung wurde eine Einigung erzielt.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



Pierre Aubert

Beilage:

Entwurf zu einer Revision der Jachtenverordnung

Geht zum Mitbericht an:

- Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (Bundesamt für Justiz)
- Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (Bundesamt für Verkehr)
- Eidg. Finanzdepartement (Eidg. Zollverwaltung und Eidg. Finanzverwaltung)

zwischen der Verordnung vom 15. März 1971  
über die schweizerischen Jachten zur See

Protokollauszug an:

- Bundeskanzlei, zum Vollzug
- Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (Direktion für Völkerrecht, Schweizerisches Seeschiffahrtsamt), zum Vollzug
- Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (Bundesamt für Justiz), zur Kenntnisnahme
- Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (Bundesamt für Verkehr), zur Kenntnisnahme
- Eidg. Finanzdepartement (Eidg. Zollverwaltung und Eidg. Finanzverwaltung), zur Kenntnisnahme

Das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten  
wird mit dem Vollzug beauftragt.

Die Aenderung der Verordnung tritt am 1. November 1983  
in Kraft.

Veröffentlichung:  
Anstaltsverwaltung

Für getreuen Auszug  
der Protokollführer



(Entwurf)

## VERORDNUNG ÜBER DIE SCHWEIZERISCHEN JACHTEN ZUR SEE

Revision der Verordnung vom 15. März 1971  
über die schweizerischen Jachten zur See

Aufgrund des Antrages des EDA vom 19. September 1983  
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wurde

b e s c h l o s s e n :

1. Der vorgelegte Entwurf einer Aenderung der Verordnung vom 15. März 1971 über die schweizerischen Jachten zur See wird genehmigt.
2. Das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten wird mit dem Vollzug beauftragt.
3. Die Aenderung der Verordnung tritt am 1. November 1983 in Kraft.

Veröffentlichung:  
Amtliche Sammlung

Art. 3 (neu)

Erfüllt der Eigentümer eines Bootes, das nicht in Schweizerischen Jachtregister eingetragen werden kann, die Voraussetzungen der Verordnung über die Staatsangehörigkeit, so kann das Schweizerische Seeschiffahrtsamt, wenn besondere Umstände es rechtfertigen, auch ohne Eintragung im Jachtregister für ein Boot einen Ausweis erstellen, dass es in ausländischen Gewässern die Schweizer Flagge führen darf, vorausgesetzt, dass das Boot:

Für getreuen Auszug  
der Protokollführer:

1) SR 747.321.7

(Entwurf)

VERORDNUNG UEBER DIE SCHWEIZERISCHEN JACHTEN ZUR SEE

Aenderung vom

Der Schweizerische Bundesrat

v e r o r d n e t :

I.

Die Verordnung vom 15. März 1971<sup>1)</sup> über die schweizerischen Jachten zur See wird wie folgt geändert:

Art. 5

Abs. 2

Nicht seetüchtige Kleinboote, die in der Regel keine Fahrten ausserhalb Küstensicht unternehmen, sowie Jollen, Ruder- und Padelboote, Pedalos und Schlauchboote werden nicht in das Schweizerische Jachtregister eingetragen.

Abs. 3 (neu)

Erfüllt der Eigentümer eines Bootes, das nicht im Schweizerischen Jachtregister eingetragen werden kann, die Bedingungen dieser Verordnung über die Staatsangehörigkeit, so kann das Schweizerische Seeschiffahrtsamt, wenn besondere Umstände es rechtfertigen, auch ohne Eintragung im Jachtregister für ein Boot einen Ausweis ausstellen, dass es in ausländischen Gewässern die Schweizer Flagge führen darf, vorausgesetzt, dass das Boot:

1) SR 747.321.7

- a) entweder nach den Vorschriften des Bundesgesetzes über die Binnenschifffahrt<sup>1)</sup> in einem Register in der Schweiz eingetragen ist und einen gültigen Schiffsausweis besitzt; oder
- b) bei dauerndem ausländischen Standort des Bootes oder Fehlen eines schweizerischen Schiffsausweises ein geeignetes Sicherheitszeugnis besitzt.

Abs. 4 (neu)

Ist ein Ausweis nach Absatz 3 ausgestellt, so finden unter Vorbehalt der Anwendung des Rechts des Küstenstaates, dessen Gewässer befahren werden, die Bestimmungen der Artikel 4 und 15 des Seeschiffahrtsgesetzes<sup>2)</sup> Anwendung.

Abs. 5 (neu)

Das Schweizerische Seeschiffahrtsamt regelt die Ausstellung, die Gültigkeitsdauer und den Entzug des Ausweises nach Absatz 3 sowie das Verfahren.

Art. 23

Abs. 1

neue Ziffern 9 - 11

- |   |           |
|---|-----------|
| 9. Ausstellung oder Ersatz eines Ausweises<br>nach Artikel 5 Absatz 3   | Fr. 80.-- |
| Dazu für jedes Jahr der Gültigkeitsdauer oder Bruchteil davon   | Fr. 20.-- |
| 10. Verlängerung eines Ausweises nach Artikel 5<br>Absatz 3 für jedes Jahr der Gültigkeitsdauer<br>oder Bruchteil davon | Fr. 20.-- |
| 11. Aenderung eines Ausweises nach Artikel 5<br>Absatz 3  | Fr. 40.-- |

1) SR.747.201

2) SR.747.30

(Projet)

- 5 -

## ORDONNANCE SUR LES YACHTS SUISSES NAVIGUANT EN MER

## Modification du

Le Conseil Fédéral suisse

a r r ê t e :

## I.

L'ordonnance du 15 mars 1971<sup>1)</sup> sur les yachts suisses naviguant en mer est modifiée comme il suit :

## Art. 5

2e al.

Les petits bateaux qui ne sont pas en mesure de tenir la mer et qui ne naviguent en règle générale pas hors de vue des côtes, ainsi que les dériveurs, les bateaux à rames et les canoës, les pédalos et les canots pneumatiques ne sont pas immatriculés dans le registre suisse des yachts.

3e al. (nouveau)

Lorsque le propriétaire d'un bateau qui ne peut être immatriculé dans le registre suisse des yachts remplit les conditions posées par cette ordonnance en ce qui concerne la

<sup>1)</sup> RS 747.321.7

nationalité, l'Office suisse de la navigation maritime peut, si des circonstances particulières le justifient, établir un certificat autorisant ce bateau à arborer le pavillon suisse dans des eaux étrangères, à la condition que le bateau :

- a) soit immatriculé dans un registre en Suisse selon les prescriptions de la loi fédérale sur la navigation intérieure<sup>1)</sup> et soit au bénéfice d'un permis de navigation valable; ou
- b) en cas de stationnement permanent à l'étranger ou en l'absence d'un permis suisse de navigation, soit au bénéfice d'un certificat de sécurité approprié;

4e al. (nouveau)

Lorsqu'un certificat est établi selon le 3e alinéa, les dispositions des articles 4 et 15 de la loi sur la navigation maritime<sup>2)</sup> s'appliquent sous réserve de l'application de la législation de l'état côtier dans les eaux duquel le bateau navigue.

5e al. (nouveau)

L'Office suisse de la navigation maritime règle l'établissement, la durée de validité et le retrait du certificat prévu au 3e alinéa, ainsi que la procédure.

Art. 23

1er al.

ch. 9 - 11 (nouveaux)

9. Etablissement ou remplacement du certificat

prévu à l'article 5, 3e alinéa

Fr. 80.-

Plus, par année ou fraction d'année de validité

Fr. 20.-

<sup>1)</sup> RS 747.201

<sup>2)</sup> RS 747.30

- 3 -

SCHWEIZERISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

10. Prolongation du certificat prévu à l'article 5, 3<sup>e</sup> alinéa pour chaque année ou fraction d'année Fr. 20.-
11. Modification du certificat prévu à l'article 5, 3<sup>e</sup> alinéa Fr. 40.-

Revision de l'ordonnance sur les yachts suisses naviguant en mer

C O N C L U S I O N

concernant la proposition du Département fédéral des affaires étrangères du 19 septembre 1933

Le Département fédéral de justice et police ne s'oppose pas à la proposition du Département fédéral des affaires étrangères. Il tient cependant à relever ce qui suit.

La législation maritime suisse ne prévoit pas que le certificat de pavillon puisse être, comme le propose le projet d'article 5, 3<sup>e</sup> alinéa de l'ordonnance, délivré sans immatriculation préalable du navire. Elle semble au contraire faire de l'inscription dans le registre des navires une condition indispensable à la délivrance du certificat de pavillon.

En outre, aucune règle de la législation maritime suisse ne semble autoriser le Conseil fédéral à édicter une ordonnance s'écarter du principe légal voulant que les certificats de pavillon ne puissent être attribués qu'à des navires enregistrés en Suisse. Enfin, les embarcations visées à l'article 5, 3<sup>e</sup> alinéa du projet d'ordonnance ne remplissent à l'évidence pas les conditions d'immatriculation fixées aux articles 17 et 18 de la loi sur la navigation maritime. L'article 35 2<sup>e</sup> alinéa



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

M. 994 SI/SA

3003 Berne, le 11 octobre 1983

Distribué

Au Conseil fédéral

Revision de l'ordonnance sur les yachts suisses  
 naviguant en mer

C o - r a p p o r t

concernant la proposition du Département fédéral des  
 affaires étrangères du 19 septembre 1983

Le Département fédéral de justice et police ne s'oppose pas  
 à la proposition du Département fédéral des affaires étran-  
 gères. Il tient cependant à relever ce qui suit.

La législation maritime suisse ne prévoit pas que le certificat  
 de pavillon puisse être, comme le propose le projet d'article 5,  
 3<sup>e</sup> alinéa de l'ordonnance, délivré sans immatriculation préala-  
 ble du navire. Elle semble au contraire faire de l'inscription  
 dans le registre des navires une condition indispensable à la  
 délivrance du certificat de pavillon.

En outre, aucune règle de la législation maritime suisse ne  
 semble autoriser le Conseil fédéral à édicter une ordonnance  
 s'écartant du principe légal voulant que les certificats de  
 pavillon ne puissent être attribués qu'à des navires enre-  
 gistrés en Suisse. Enfin, les embarcations visées à l'article 5,  
 3<sup>e</sup> alinéa du projet d'ordonnance ne remplissent à l'évidence  
 pas les conditions d'immatriculation fixées aux articles 17 ss  
 de la loi sur la navigation maritime. L'article 35 2<sup>e</sup> alinéa

